



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 026 / 2015

Kiel, Donnerstag, 22. Januar 2015

Innen / Einbruchskriminalität

Dr. Ekkehard Klug: Die Regierung muss von der geplanten Personaleinsparung bei der Polizei wieder Abstand nehmen

In seiner Rede zu TOP 41 (Bekämpfung der Einbruchskriminalität) erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität hat Schleswig-Holstein eine miserable Bilanz vorzuweisen: Lag der Anteil der aufgeklärten Fälle bei Wohnungseinbrüchen 2004 noch bei 15 Prozent, so ist der bis 2013 auf 10,2 Prozent abgesackt.

Angesichts eines Bundesdurchschnitts von 15,5 Prozent Aufklärungsquote ist dies wirklich ein schlechtes Ergebnis. In einzelnen Regionen des Landes ist Lage besonders unbefriedigend, zum Beispiel im Kreis Stormarn mit einer Aufklärungsquote von lediglich 4,3 Prozent.

Die Landesregierung ist jedoch der Ansicht, mit dem seit November 2012 verfolgten ‚Landeskonzept zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs‘ sei man auf einem guten Wege; das Konzept habe sich bewährt. Die Regierung verweist dabei darauf, dass die Fallzahlen nicht weiter steigen, sondern zuletzt sogar leicht zurückgegangen seien. Ich halte dem entgegen, dass die Aufklärungsquote gleichzeitig noch ein weiteres Mal gesunken ist: nämlich zwischen 2012 und 2013 von 11,3 Prozent auf 10,2 Prozent.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion unterstreichen diese Sachverhalte die Notwendigkeit, dass die bisherigen Personaleinsparungspläne der Landesregierung im Bereich der Polizei aufgegeben werden müssen.

Ohne einen verstärkten Personaleinsatz wird es nicht möglich sein, das fortwährende Absinken der Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen zu stoppen und die Entwicklung der letzten zehn Jahre umzukehren.

Ohne eine solche Umkehr der bisherigen Entwicklung würden das Sicherheitsempfinden der Bürger und damit auch ihr Vertrauen in die Schutzfunk-

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

tion und die Handlungsfähigkeit des Staates einen empfindlichen und vielleicht sogar nicht mehr reparierbaren Schaden nehmen.

Sollten die Bürger eines Tages zu der Auffassung gelangen, dass der demokratische Rechtsstaat nicht in der Lage ist, für den Schutz ihres Eigentums und ihrer Privatsphäre in den eigenen vier Wänden zu sorgen, so würde dies nach meiner Überzeugung zu einer Abwendung von diesem Staat führen – mit unabsehbaren Folgen für unser demokratisches Gemeinwesen.

Ich warne davor, dieses Risiko kleinzureden!“